

Der Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Gesundheit der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden Telefon (0611) 31-4554 Telefax (0611) 31-3902 Sachbearbeiter: Dietmar Weinert

Wiesbaden, 29.10.2014

- Den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
- 2. Den Fraktionen
- 3. Dem Magistrat
- 4. <u>Nachrichtlich</u> Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am Mittwoch, 05. November 2014, um 17:00 Uhr, Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

- 1. Gemeinsam aktiv Unternehmen im Schelmengraben
 - Vorstellung des Projektes -

2. 14-F-33-0113

Berufsbegleitende Ausbildung zur/zum staatlich anerkannten Erzieherin/Erzieher - Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 24.10.2014 -

Der aktuelle Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren bringt es mit sich, dass ein hoher Bedarf an qualifiziertem Personal entsteht.

Seite 2 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 05. November 2014

Damit dieser Bedarf in Zukunft gedeckt werden kann, wurde gemeinsam mit der Wiesbadener Fachschule für Sozialpädagogik (Louise-Schroeder-Schule) im August 2012 die Einrichtung einer zusätzlichen Klasse zur "Berufsbegleitenden Ausbildung zur/zum staatlich anerkannten Erzieherin/Erzieher" initiiert. Mit diesem neuen Ausbildungsangebot können in einer dreijährigen Teilzeitausbildung zusätzlich Fachkräfte ausgebildet werden, die dann in Wiesbadener Kindertagesstätten als Erzieherinnen/Erzieher zur Verfügung stehen. Der praktische Anteil der Ausbildung wird dabei zur Hälfte als bezahlte Tätigkeit in einer Kindertagesstätte geleistet.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1. Wie wird diese seit August 2012 angebotene Form der berufsbegleitenden Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher angenommen?
- 2. Gibt es Schwierigkeiten bei der Umsetzung?
- 3. Gibt es Zugangsbarrieren?
- 4. Wie hoch ist der Anteil der Bewerber/innen mit Migrationshintergrund?
- 5. Wird diese Form der berufsbegleitenden Ausbildung von Männern und Frauen gleichermaßen genutzt?
- 6. Wie hoch ist die Abbrecherquote?

3. 14-F-33-0114

Vermüllungssyndrom

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 24.10.2014 -

Das Vermüllungssyndrom, auch Messie-Syndrom genannt, ist ein Phänomen, bei dem Menschen neben anderen Symptomen in ihren Wohnungen wertlose und unbrauchbare Gegenstände anhäufen und ihre Wohnung so unbewohnbar machen. Dies kann auch zu einem Wohnungsverlust führen. Ursache für das Syndrom können psychische Störungen, aber auch Überforderungssituationen sein.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1 ob er Erkenntnisse über das Vorkommen des Vermüllungssyndroms in Wiesbaden hat, und
- 2 welche Hilfen es für Betroffene, die unter dem "Vermüllungssyndrom" leiden, gibt.

Seite 3 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 05. November 2014

4. 14-F-03-0096

Standort Flüchtlings-Containerdorf Wiesbaden Biebrich: Auflösung städtische Ablagerungsfläche - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.10.2014 -

Wiesbaden errichtet derzeit auf einer Fläche in Biebrich, die zur Grünschnittablagerung genutzt wurde und wird, eine Unterkunft für Flüchtlinge. Die Fraktion hält es aufgrund von Nutzungskonflikten (Lärm- und Geruchsbelästigung, Fahrtenhäufigkeit usw.) sowie gesundheitlicher Bedenken für unerlässlich, dass die Ablagerung von Grünschnitt und anderen Materialien auf diesen städtischen Grundstücken unterbleibt und der vorhandene Grünschnitt abgefahren wird und somit ein neuer Platz für die Grünschnittlagerung und -behandlung gefunden werden muss.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten sicherzustellen, dass auf den städtischen Grundstücken zwischen Friedrich-Bergius-Straße, Otto-Wallach-Straße und Zaberner Straße keine weiteren Anlieferungen mehr erfolgen und die bestehenden Ablagerungen dauerhaft aufgelöst werden.

5. 14-F-03-0097

- "Studentisches Wohnen in Wiesbaden"
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.10.2014 -

Der Hochschulstandort Wiesbaden prosperiert weiterhin. Nach aktuellen Presseberichten sind über 8000 Studierende in Wiesbaden eingeschrieben. Dementsprechend ist der Druck auf den Wohnungsmarkt weiterhin hoch. Gemäß aktuellen Presseberichten geht der Magistrat von bis zu 2.200 benötigten Studierendenwohnungen aus. Trotz vielfältiger Baumaßnahmen könnten bis 2016/2017 nur ca. 840 Wohnungen bereitgestellt werden.

Außerdem liegt mittlerweile der Bericht des Magistrats zur Anfrage des Sozialausschusses zum möglichen Studierendenwohnheim im ehemaligen "American Arms Hotel vor".

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- wie sich die aktuelle Wohnraumsituation für Studierende in Wiesbaden darstellt, als Aktualisierung des Berichts des Magistrats vom 14. September 2012 (zum Beschluss 0064 des Ausschusses für Schule und Kultur)?
- welche Anstrengungen unternommen werden, um die Bedarfslücke von mehreren hundert Plätzen zu decken und wann damit zu rechnen ist, dass Wiesbaden über ausreichend Plätze verfügt?
- warum laut Bericht des Magistrats vom 15.9.2014 zum möglichen Studierendenwohnheim im ehemaligen "American Arms Hotel" dieser von einem "begrenzten Nutzungszeitraum" ausgeht, wogegen diese zeitliche Beschränkung nicht aus dem Bericht hierzu des Magistrats vom Juli 2013 hervorgeht?

Seite 4 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 05. November 2014

6. 14-F-08-0059

Stellenabbau an den Horst-Schmidt-Kliniken

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 29.10.2014 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, warum die Fraktionen vom immensen Stellenabbau (391 VZÄ) an den HSK erneut erst aus der Presse erfahren mussten und nicht vom Magistrat bzw. dem zuständigen Dezernat unterrichtet werden.

Der Magistrat wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen um diese Arbeitsplatzvernichtung zu verhindern.

7. 14-A-50-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

8. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 12-F-33-0088 ANLAGE

Übergangsregelung Asylbewerberleistungen

- Bericht des Dezernates II vom 4.9.2014 -

2. 13-F-33-0034 ANLAGE

Studentisches Wohnen im ehemaligen American Arms Hotel

- Bericht des Oberbürgermeisters vom 15.9.2014 -

3. 14-F-33-0036 ANLAGE

Prostitution in Wiesbaden

- Bericht des Dezernates VI vom 3.9.2014 -

Seite 5 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 05. November 2014

4. 14-F-03-0062 ANLAGE

- "Zweckentfremdung von Wohnraum"
- Bericht des Dezernates II 19.9.2014 -

5. 14-V-03-0001 ANLAGE

Barrierefreier Zugang zur Freitreppe der Gaststätte Andechser vor der Südseite des Rathauses am Dern'schen Gelände

- Bericht des Dezernates III vom 8.9.2014 -

6. 14-V-20-0046

DL 51/14-4, 49/14-2, ANLAGE

Weiterentwicklung Investitionscontrolling

7. 14-V-20-0070 DL 53/14-4

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2014 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

8. 14-V-40-0026 DL 52/14-4

Ausbau Grundschulkinderbetreuung; Bericht zur Entwicklung 1. Hj. 2014

9. 14-V-51-0025 DL 54/14-5

Gesetz zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörde; Bereitstellung der Ressourcen für Aufgabenzuwachs

10. 14-V-51-0037 DL 52/14-6

Jugendnaturzeltplatz des Stadtjugendrings; Erweiterung und Umbau des Sanitärgebäudes

11. 14-V-51-0049 DL 52/14-7

Freigabe von Mitteln für das Diakonische Werk, Wohngemeinschaft für Mutter und Kind

Seite 6 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 05. November 2014

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Ulrich Weinerth Vorsitzender